

Hannover, 24.01.2023

**Antrag an den Landesausschuss der Linken Niedersachsen für die Sitzung am 11. Februar 2023
sowie an den Landesparteitag der Linken Niedersachsen am 11./12. März 2023**

Antragsteller*innen: Johannes Zang (Kreisvorsitzender der Linken Region Hannover), Dirk Machentanz (Fraktionsvorsitzender der Linken im Rat der Stadt Hannover), Martin Teicher (KV Region Hannover), Hiltraud Stenzel (KV Region Hannover), Werner Heisterberg (KV Region Hannover), Michael Fleischmann (Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Burgdorf), Volkmar Gabcke (Bezirksratsherr Ricklingen), Svenja Frenzel (KV Region Hannover), Rüdiger Beins (KV Region Hannover), Cornelia Mohrig (KV Region Hannover), Pia Fiedler (KV Region Hannover), Lutz Dechend, Michael Kuhlendahl (KV Region Hannover), Anette Boll (KV Region Hannover), Andreas Bode (KV Region Hannover), Alexander Kurz (KV Region Hannover), Karsten Plotzki (KV Region Hannover), Rosa Phillips-Krug (KV Region Hannover)

Waffen schaffen keinen Frieden, für eine Verankerung des Verbots von Rüstungsexporten im Grundgesetz

2. Neufassung

Zu beschließen

Der Landesausschuss der Linken Niedersachsen bekräftigt das Parteiprogramm der Linken, in dem es heißt: „DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird. Sie will, dass ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert wird.“ (Parteiprogramm, Kapitel 4.6 Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung).

Den aktuellen Kurs der Bundesregierung, immer mehr Waffen in die Ukraine und andere Länder zu liefern, lehnen wir ab. Vorstöße einzelner Linkenpolitiker*innen, die sich in den vergangenen Monaten gegen das Parteiprogramm gestellt haben und ebenfalls für Waffenexporte eintraten, weisen wir entschieden zurück!

Begründung

Die immer neuen Ankündigungen der Bundesregierung, weitere und schwerere Waffen an die Ukraine zu liefern führen nur dazu, dass das Töten in der Ukraine grausamer wird und länger währt. Außerdem bergen sie die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO und somit die Gefahr eines dritten Weltkriegs, der gleichbedeutend mit der Vernichtung der gesamten menschlichen Zivilisation wäre. Stattdessen sollte sich die Bundesregierung lieber ernsthaft

diplomatisch für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzen und unabhängig von den kriegstreiberischen Blöcken Russland und USA agieren. Unsere entschiedene Ablehnung des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine darf nicht zu einer programmatischen Wende der Linken, weg von einer friedlichen Außenpolitik, führen. Im Gegenteil: Die aktuellen Ereignisse zeigen auf, wie dringend eine politische Kraft in Deutschland benötigt wird, die sich konsequent für Frieden und Abrüstung einsetzt!